

PRESSEMITTEILUNG

Neustädtische Kirchstraße 7A
10117 Berlin

www.vgms.de | info@vgms.de
T 030 212 33 69-0 | F 030 212 33 69-99

Präsidium:
Gustav Deiters, Dr. Stefan Geiser,
Michael Gutting, Ralph Seibold

Geschäftsführung:
Dr. Peter Haarbeck

AG Charlottenburg VR 35572 B
Steuernummer: 27/620/59290

Commerzbank, BIC: COBADEFFXXX
IBAN: DE68 1004 0000 0302 4411 00

Berlin, 14. März 2022

Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft fordert klaren Kurs für die Ernährungsvorsorge und unorthodoxe Wege in der Krise

Deutschland besitzt alle Voraussetzungen dafür, einen wichtigen Beitrag für die Ernährungssicherung in der Welt zu leisten. Der entsetzliche Krieg in der Ukraine zeigt, wie knapp die Ressourcen sind und wie schnell die Versorgung mit Lebensmitteln ein Problem werden kann, auch in Deutschland. In dieser Situation sind klare Botschaften gefragt. Die Ankündigung notfalls auch über das Aussetzen von Greening-Verpflichtungen im Rahmen der GAP nachzudenken wäre ein starkes Signal in extrem schwierigen Zeiten. Wir brauchen einen klaren Kurs für die Ernährungsvorsorge in Europa und darüber hinaus. Dazu gehört es, alle Maßnahmen des Green Deal auf ihren Beitrag zur Ernährungsvorsorge hin neu zu bewerten. Dazu gehört ebenso die unbedingte Sicherstellung der Energieversorgung der Betriebe der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft. Bundesagrarminister Cem Özdemir muss schnellstens allen Kabinettskollegen aber auch den Energieversorgern vor Ort deutlich machen, dass die Herstellung von Grundnahrungsmitteln zur lebensnotwendigen Daseinsvorsorge gehört! Ohne Strom mahlen die Mühlen nicht und es liegt übermorgen kein Brot in den Regalen. Ohne Gas für die Stärkefabrik, fehlt sehr schnell das Papier für die Verpackung von Lebensmitteln. Auch in der Energiepolitik darf es keine Tabus geben, jede Botschaft, die das Vertrauen in eine zuverlässige Energieversorgung stärkt, hilft den Unternehmen! Führt die Agrar- und Ernährungspolitik an die Wand, werden nach der Krise die Unternehmen nicht mehr da sein, die wir für eine vielfältige, regionale Ernährungswirtschaft brauchen.

Green Deal und Europäische Agrarpolitik gefährden die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln

Die enormen Verwerfungen auf den Rohstoffmärkten wie auf den Energiemärkten zeigen, wie wichtig Versorgungssicherheit ist. Grundlage für eine stabile Versorgung mit agrarischen Rohstoffen und Lebensmitteln in Krisenzeiten ist eine resilient Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Dazu gehört es, alle Optionen ideologiefrei zu bewerten und abzuwägen. Deutschland ist mit seinen Gunststandorten prädestiniert für den Getreideanbau. Bessere Voraussetzungen gibt es fast nirgends sonst auf der Welt. Deutschland hat die Pflicht, einen Beitrag zur Versorgung der Weltbevölkerung mit Getreide, mit agrarischen Rohstoffen, mit Grundnahrungsmitteln zu leisten.

Der Green Deal mit der Farm-to-Fork-Strategie, die Europäische Agrarpolitik aber auch die Ausrichtung der deutschen Agrarpolitik – alles was bisher erdacht wurde, muss einer Neubewertung mit Blick auf die Versorgungssicherheit unterzogen werden. Ob in Deutschland ab kommendem Jahr tatsächlich auf vier, später auf bis zu zehn Prozent der Fläche auf den Anbau von Getreide und anderen Rohstoffen verzichtet werden kann, muss jetzt ernsthaft hinterfragt werden. Die pauschale Reduktion des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln werden dem Ziel, Versorgungssicherheit ohne Wenn und Aber sicher zu stellen, nicht gerecht.

Jetzt inne zu halten und alle Maßnahmen auf ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit zu prüfen, muss einem klaren Kurs in Richtung klimafreundlichere Landwirtschaft und nachhaltigere Ernährungswirtschaft nicht widersprechen.

Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft braucht klare Zusage für eine sichere Energieversorgung

Die andauernden und sich weiter zuspitzenden Verwerfungen am Energiemarkt führen zu ungeahnter Unsicherheit. Die Energiekosten explodieren, Strom und Gas sind innerhalb von einem guten Jahr um das Fünf- bis Zehnfache gestiegen. Mit solch volatilen Preise kann kein Unternehmen langfristig kalkulieren. Und das hat Folgen für die gesamte Wertschöpfungskette.

Mit dem Krieg in der Ukraine und dessen Folgen steht die Belieferung der Betriebe mit Gas sogar grundsätzlich in Frage. „Wenn nicht klar ist, ob zur Herbstkampagne ausreichend Energie für die Verarbeitung von Kartoffeln in der Stärkefabrik zur Verfügung gestellt wird, wie sollen die Unternehmen jetzt die Landwirte davon überzeugen, Kartoffeln anzubauen?“, sagt Peter Haarbeck, Geschäftsführer des Verbands der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft VGMS.

Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft ist vorrangig mit Energie zu versorgen – Mehl, Haferflocken, Nudeln, Reis und Stärke gehören zur Grundversorgung – ohne Strom und Gas bleiben die Betriebe stehen

Ernährungsminister Cem Özdemir muss wissen, dass es ohne die Betriebe der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft keine Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gibt. In den Betrieben werden Mehl, Haferflocken, Nudeln, Reis und Stärke hergestellt, die für die Versorgung der Bevölkerung in Notzeiten ohne Alternative sind.

Ohne Strom mahlen die Mühlen nicht und es liegt übermorgen kein Brot in den Regalen. Ohne Gas für die Stärkefabrik, fehlt sehr schnell das Papier für die Verpackung von Lebensmitteln, auch dies ohne Alternative. Ohne Energie für die Schälmaschinen werden auch Haferflocken bald aus den Regalen verschwinden und es gibt keinen Reis mehr zu kaufen.

Sollte die Versorgung mit Gas aus Russland eingestellt werden, von welcher Seite auch immer, muss es eine Zuteilung für die Betriebe der Getreide-, Mühlen- und Stärkewirtschaft geben. Es kann nicht dabei bleiben, dass die Netzbetreiber vor Ort entscheiden, welche Verbraucher vom Netz genommen werden. Bund und Länder müssen hier klare Prioritäten setzen. Die Lieferkette, Getreide, Mehl und Brot muss mit Strom und Gas versorgt werden, ebenso wie die Hafer- und Reismühlen sowie die Hersteller von Nudeln. Hier

braucht es dringend klare Absprachen zwischen Versorgern und den Krisenstäben in Bund und Land.

„Wir brauchen Energie um die Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen. Auch hier darf es keine Denkverbote geben. Wenn es darum geht, die Energieversorgung sicher zu stellen, muss alles mobilisiert werden, was möglich ist, insbesondere auch um die explodierenden Energiekosten zu begrenzen“, fordert Haarbeck.

Ansprechpartnerin:

Anne-Kristin Barth
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

T 030 2123369 34

E anne-kristin.barth@vgms.de